



## **Rechtsextremismus auf dem Gebiet der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche**

### **Inhalt:**

1. Was ist: Die Situation
  - 1.1. Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, in einzelnen Bundesländern und in Abhängigkeit zur Kirchenmitgliedschaft
  - 1.2. Situation in Schleswig-Holstein
  - 1.3. Situation in Hamburg
2. Was tun: Zum Beispiel
  - 2.1. Lübeck
  - 2.2. Lauenburg
  - 2.3. Pinneberg
  - 2.4. Hamburg
  - 2.5. AstGü: Ökumenische Besuchsreise: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
3. Zum Lesen: Anhang
  - 3.1. Lübeck: Ablauf Themensynode Rechtsextremismus 2007
  - 3.2. Lübeck: Als Kirchen im Bündnis „Wir können sie stoppen“
  - 3.3. Lübeck: Beauftragung Kirche gegen Rechtsextremismus
  - 3.4. Pinneberg: 2009 Presseerklärung und Rede Propst Drope
  - 3.5. Pinneberg: 2009 Erklärung „Ohne uns“
  - 3.6. Hamburg: 2009 Bischöfin Maria Jepsen gegen rechts
  - 3.7. NEK: Programm Ökumenische Besuchsreise 2010
    - 3.7.1. Aktuelle Situation in Deutschland
    - 3.7.2. Ziele
    - 3.7.3. Im Vorfeld der Reise geplant
    - 3.7.3. Während der Reise geplant
    - 3.7.4. Im Anschluss an die Reise geplant
    - 3.7.5. Stationen der Reise
    - 3.7.6. Teilnehmerinnen
  - 3.8. Gemeinsame Kirchenleitung der evangelischen Kirchen im Norden: Rechtsextremismus und christlicher Glaube unvereinbar

## 1. Was ist: Die Situation

1.1. Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, in einzelnen Bundesländern und in Abhängigkeit von der Kirchenzugehörigkeit<sup>1</sup> (in Prozent)

<b>Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland</b>	<b>Gesamt</b>	<b>West</b>	<b>Ost</b>
<b>Befürwortung Diktatur</b>	3,7	3,3	5,6
<b>Chauvinismus</b>	14,9	14,3	17,1
<b>Ausländerfeindlichkeit</b>	21,2	18,2	32,6
<b>Antisemitismus</b>	9	9,3	7,9
<b>Sozialdarwinismus</b>	3,1	3,5	1,6
<b>Verharmlosung Nationalsozialismus</b>	3,2	3,8	1

<b>Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
<b>Befürwortung einer Diktatur</b>	6,7	5,9	16
<b>Chauvinismus</b>	15,9	24,5	27,6
<b>Ausländerfeindlichkeit</b>	23,1	13,6	32,2
<b>Antisemitismus</b>	8,5	3,8	5,4
<b>Sozialdarwinismus</b>	5,2	4,6	14,3
<b>Verharmlosung des Nationalsozialismus</b>	6,2	0,8	7,2

<sup>1</sup> Decker, O., Brähler, E. Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin 2008

<b>Rechtsextreme Einstellungen und Kircheng Zugehörigkeit</b>	<b>Evangelisch</b>	<b>Katholisch</b>	<b>Keine Religion</b>
<b>Befürwortung Diktatur</b>	3,9	2,8	4,8
<b>Chauvinismus</b>	15,4	14,7	15,2
<b>Ausländerfeindlichkeit</b>	22	17,6	26,6
<b>Antisemitismus</b>	8,5	9,6	8,7
<b>Sozialdarwinismus</b>	2,7	4,2	1,8
<b>Verharmlosung Nationalsozialismus</b>	2,9	4,3	2,1

## 1.2. Situation : Gebiet Schleswig- Holstein

- NPD - Landesverband (etwa 240 Mitglieder)
- gesamte rechtsextreme Potential in SH wird auf 1420 Personen geschätzt
- die Hälfte davon sind subkulturell und sonstige als gewaltbereit geltende Neonazis. (Rechte Musik, Symbolik, Parolen, Lifestyle und Freizeitgestaltung)
- Führungspersonen : Uwe Schäfer (geb. 1938, Plön) und Ingo Stawitz (geb. 1950, Ütersen/Kreis Pinneberg)
- Zahl der Mitglieder seit Jahren etwa konstant.
- Von Schleswig- Holstein gehen bundesweit bedeutsame Impulse für die rechtsextreme Szene aus.
  - So unterhält die Rechtsextremisten **Christiane Dollschat in Neumünster** seit 12 Jahren ein Lokal namens Club 88 (Die 8 steht für den 8. Buchstaben im Alphabet, die 88 ist folglich ein Akronym für Heil Hitler) Diese Kneipe ist seit einem Dutzend Jahren Anlaufpunkt für Rechtsextremisten aus ganz Norddeutschland.
  - In Henstedt - Ulzburg unterhalten Inge Nottelmann und Tobias Thiessen das so genannte „**Aktionsbüro Nord**“ ein Internetprojekt das zu einem Knotenpunkt der norddeutschen Neonaziszene geworden ist. Inge Nottelmann war im Frühjahr 2008 Anmelderin der rechtsextremen 1. Mai Demo am Hamburger Stadtpark, die mit einer

Gewaltorgie so genannter „Autonomer Nationalisten“ endete. Ein Polizeidirektor aus Hamburg sagte anschließend: „wenn wir nicht entschieden dazwischen gegangen wären, hätte es möglicherweise Tote gegeben...“

- Außerdem ist Nottelmann regelmäßig im Frühjahr in Lübeck bei dem so genannten „Bombenholocaust- Gedenkmarsch“, der alljährlich zu einer Pilgerstätte von Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet geworden ist. Die studierte Politologin Nottelmann zählt zu den bundesweit einflussreichsten Frauen im Neonazi-Lager
- Regional besonders aktiv ist die braune Szene in Nordfriesland, Kiel, Dithmarschen und im Raum Plön und Lübeck
- Lübeck: jährliche Aufmärsche in missbräuchlichem Gedenken an die Bombardierung Lübecks 28./29 März 1942 „Bombenterror gegen Deutschland“ eine der größten Nazi-Veranstaltungen in Norddeutschland. „**Drei-Säulen-Konzept**“, mit dem die Gesellschaft an vielen Stellen durchdrungen werden soll, um rasch eine breite Basis für die eigenen politischen Ziele zu gewinnen.
  - Mit dem "**Kampf um die Straße**" soll Präsenz gezeigt und die Aufmerksamkeit der Bürger erregt werden.
  - Mit dem "**Kampf um die Parlamente**" soll politischer Einfluss errungen und ausgeübt werden).
  - Mit dem "**Kampf um die Köpfe**" wird angestrebt, möglichst viele Personen zu indoktrinieren und Meinungsbildungsmacht zu erlangen.
  - Dem 3-Säulen-Konzept ist in letzter Zeit eine vierte Säule hinzugefügt worden: Der "**Kampf um den organisierten Willen**". Mit ihm sollen nationalistische Strömungen gebündelt werden.
    - Außerdem: Gesinnungskameraden kennen lernen und neue Freundschaften schließen. Übernachtungen bei »Kameraden« und Gegenbesuche legen den Grundstein für Freundschaften und informelle Strukturen, die durch staatliche Repression kaum zerstörbar sind.
    - Unterstützung der Aneignung des spezifischen neofaschistischen Habitus.
    - Erlebnisse werden geboten, die für die politische Arbeit vor Ort (Flugblattverteilung, Plakatieren etc.) motivieren sollen.
    - Durch fortgesetzte Aktivitäten, Beweis gegenüber Anhängern und Sympathisanten, dass man sich durch staatliche Verbote oder antifaschistische Aktivitäten nicht einschüchtern lassen will.
    - Im Zuge der Planung und Durchführung von Aufmärschen sollen noch nicht fest oder kontinuierlich eingebundene »rechte Cliques« in die bestehenden Bewegungsnetzwerke und Strukturen einbezogen werden.

- Ein Vorgehen, das exemplarisch in einem Strategiepapier des NPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein vom Oktober 2000 entwickelt wurde.
- Vor allem in der Region Kiel ist seit Monaten eine zunehmende Zahl gewaltsamer rechter Übergriffe zu beobachten. In mindestens einem Fall wurden in den Abendstunden Pflastersteine in Fensterscheiben geworfen, es waren die Fensterscheiben von Kinderzimmern....
- Arndt-Verlag (Martensrade, Kreis Plön) einer der wichtigsten Verlage für Bücher der rechtsextremen Szene
  - Neu: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, berät auf Anfragen, schult Multiplikatoren usw. Sehr interessiert an den Kontakten zur Kirchen

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus  
 Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein  
 IV GRK 3  
 Düsternbrooker Weg 92  
 D-24105 Kiel  
 Tel: 0431/988-3136  
 Fax: 0431/988 614 3136

### 1.3. Situation : Hamburg

- **Hamburg** bundesweit eine **Schlüsselstellung in Bezug auf Rechtsextremismus**. Das hat vor allem mit drei Personen zu tun, deren Einfluss von Flensburg bis zum Bodensee reicht.
- Der Landesverband der NPD ist mit 140 Personen zwar schwach an Mitgliedern - er gilt aber als einer der aktivsten bundesweit
- Hamburg ist außerdem **Bundessitz** der mit rund 6500 Mitgliedern zweitstärksten rechtsextremen Partei, der DVU
  - **Jürgen Rieger gest. 29.10 2009**: Frage, wie mit seinem Erbe umgegangen wird....Damit verliert die Partei eine zentrale Figur. Der schwerreiche Rieger war ein wichtiger Geldgeber der NPD. Er hatte in der Vergangenheit mehrfach Immobilien aufgekauft, um dort Schulungszentren für Neonazis einzurichten. Laut Experten könnte ein Ableben Riegers die Partei in eine bedrohliche Situation bringen. "Wenn Rieger für den Fall seines Todes keine Vorkehrungen getroffen hat, könnte nicht bloß die NPD Finanzprobleme bekommen", sagte Rechtsextremismusexpertin und Journalistin Andrea Röpke. "Es besteht die Hoffnung, dass dann Gelder und Kredite für Riegers nationalsozialistische Projekte nicht weiter fließen." Auch Sebastian Brux von der Amadeu Antonio Stiftung sagte: "Mit Rieger verliert der

deutsche Rechtsextremismus ein finanzstarkes Scharnier zwischen Kameradschaften, NPD und der heidnisch-germanischen Szene." Rieger habe mit seinem Geld Nazistrukturen bis in die NPD hinein aufgebaut und erhalten. "Er konnte durch sein Vermögen ungehemmt Hass schüren", sagte Brux weiter.

- **Thomas Wulff:** Ziehkind des Hamburger Neonazis Michael Kühnen, der in den 80iger Jahren an Aids verstarb. Kühnen gilt als Erfinder der sog. Freien Kameradschaften“ der Neonazi- Szene und Wulff ist angetreten, dieses Erbe zu verwirklichen. Der mehrfach vorbestrafte Wulff ist seit Jahrzehnten in der braunen Szene aktiv und war einer der ersten, die nach der Wende „den Osten“ als Rekrutierungsgebiet erkannte. Wulff ließ sich mit anderen Neonazis in der Region um Boizenburg nieder und gründete ein „nationales Wohnprojekt“. Von dort aus machte es sich an den Aufbau von „Kameradschaftsstrukturen“ in Mecklenburg-Vorpommern. Wulff ist enger Freund von Jürgen Rieger, Mitglied im Bundesvorstand der NPD und Verbindungsmann der NPD zu den bundesweit etwa 220 „freien Kameradschaften“.
- **Christian Worch:** Auch Christian Worch stammt aus der Schule von Michael Kühnen, ist gelernter Rechtsanwalts- und Notarsgehilfe, seinen Beruf erlernte er in der Kanzlei von Henning Voscherau. Worch ist parteilos, unterstützt die rechtsextreme DVU und ist bundesweit als Anmelder von Neonazi-Demonstrationen aktiv. Er ist bundesweit vernetzt und gilt als Experte für Versammlungsrecht. Worch war im Gefängnis wegen „Fortführung einer verbotenen Vereinigung (der FAP). Worch gilt in der Szene als „denkender Stratege“ und hat enge Kontakte zu den vor allem in NRW verbreiteten und als besonders gewaltbereit geltenden „autonomen Nationalisten“.

Hamburg Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus Johann Daniel Lawaetz-Stiftung Neumühlen 16 – 20 22763 Hamburg Tel.: 040. 428 63 36 25
--

## 2. Was tun: Zum Beispiel

Es gibt innerhalb der NEK **keine zentrale Stelle**, die Aktionen gegen Rechtsextremismus koordiniert, begleitet, anregt... aber viele Einzel-Aktivitäten. Exemplarisch:

### 2.1. Lübeck

Erster KK mit einer ehrenamtlichen Beauftragung für Rechtsextremismus

KKV-Beschluss:

*„Der Beauftragte soll das Aufkommen und die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes und Handelns als Problem im Blick behalten und in diesem Kontext die innerkirchliche, zivilgesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit diesem Problem, die Entwicklung kirchlichen Handelns und die zivilgesellschaftliche Vernetzung kirchlicher Aktivitäten fördern. [...] Er vertritt den Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck im Bündnis „Wir können sie stoppen“*

*(<http://www.wirkoennensiestoppen.de>). Im Rahmen der Beauftragung hält er den Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen. Der Beauftragte wird von einem ökumenischen Arbeitskreis unterstützt.*

Die Arbeit im Bündnis gegen Rechtsextremismus schafft Vertrauen unter den Beteiligten:

*"...Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, welchen tiefen Eindruck die Aktivitäten und die Mobilisierung der Kirchengemeinden bei mir und vielen anderen linken Antifaschistinnen hinterlassen haben. Die Verbindungen und das Vertrauen, was jetzt gewachsen ist, bedeutet einen ganz großen Schritt nach vorne...Wir werden unsererseits weiter im linken und autonomen Spektrum für Vertrauen, Respekt und einen fairen, kompromissbereiten Umgang gegenüber den "bürgerlichen" Kräften im breiten Bündnis werben. Das fällt jetzt umso leichter, weil viele von denen auf der Holstenbrücke erlebt haben, dass "Bürgerliche" eben doch einen effektiven Widerstand leisten und sich nicht gleich distanzieren, weil Leute schwarz angezogen sind und sich die Kapuze über den Kopf ziehen..." Holger Wulf, Avanti*

- Domain eingerichtet in Verbindung mit der Arbeitsstelle AstGü:  
**<http://www.kirche-gegen-rechtsextremismus.de/luebeck.html>**  
Die Idee ist es, ein bundesweites Portal entstehen zu lassen, das das kirchliche Engagement und kirchliche Projekte gegen Rechtsextremismus vernetzt.
- **Veranstaltungsreihe des Rechtsextremismus - Beauftragten**  
sechs Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen und einem Workshop informiert die Veranstaltungsreihe über
  1. Rechtsextreme Aktivitäten
  2. Rechtsextreme Orientierungen - Ursachen & Gegenstrategien
  3. Kurzfristige und langfristige Aktivitäten und Strategien zur kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen und Aktivitäten, sowie deren Überwindung.
- Darin eingebunden: diesjähriger Dekadeworkshop Gewalt überwinden in HL: „Nazis raus reicht nicht!“

## 2.2. Lauenburg

Nach Ankündigung von Rechtsextremisten einen Infotisch auf dem Markt durchzuführen, bildet sich auf Initiative von Pröpstin Frauke Eiben ein breites Bündnis – Ratzeburger Bündnis – Der erste Infotisch wurde gemeinsam umstellt. Diese Aktion und die ebenfalls anwesende Antifa haben verhindert, dass die Nazis ihr Infomaterial an Passanten abgeben konnten.

Auf dem Michaelisempfangs des Kirchkreises in Ratzeburg wird auf Einladung von Propstin Eiben der im Bereich der Neonazirecherche renommierte Journalist Andreas Speit zum Thema „Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene“ referieren.

Propstin Eiben wird die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gezielt in den unterschiedlichen kirchlichen und gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen initiieren (Pastorenkonvent, Kita-Arbeit, Veranstaltungsreihe zusammen mit den Beauftragten Kirche gegen Rechtsextremismus' im Spätherbst 2008 – Frühjahr 2009). Das wird ein Schwerpunkt der nächsten Zeit sein.

- 2.3. **Pinneberg** : 6. Juni 2009 : "Ohne uns! Keine Neonazis in Pinneberg und anderswo", Demo 5000 Menschen (Presseerklärung und Rede von Propst Drope im Anhang)
- 2.4. **Hamburg** : 11. September 2009 „Bündnis gegen Rechts“ protestiert gegen geplante NPD-Demo in Hamburg gemeinsam mit den Kirchen (Propst Bollmann) Bischöfin Jepsen (siehe Anhang)
- 2.5. Gesamt NEK: Ökumenische Besuchsreise zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vom 30. April – 11. Mai 2010 gemeinsam mit der PEK, ELLM, Hannover, EKM (siehe Anlagen)

### 3. Zum Lesen – Anlagen

#### 3.1. Lübeck März 2007 KK-Synode - Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

„Vom Rand zur Mitte“ - typische Vorurteile über der Rechtsextremismus -  
*Norman Geißler, Potsdam*

*Anschließend Weiterarbeit in Foren:*

**Forum 1:** „Wie sieht Rechtsextremismus aus?“

- Unsere Vorstellungen und die Wirklichkeit -  
*Impuls: Andreas Speit, Hamburg (Journalist)*

**Forum 2:** „Das gibt es bei uns nicht!“

- Rechtsextremismus und die Kirche -  
*Impuls: Dr. Matthias Riemer, Lübeck (Theologe)*

**Forum 3:** „Die Würde des Menschen ist unantastbar“

- Wie verhalte ich mich gegenüber Rechtsextremisten? -  
*Impuls: Christoph Erben, Lübeck (Psychologe)*

**Forum 4:** „Rechtsextremismus ist kein Jugendproblem“

- Vom Umgang mit Rechtsextremisten in der Altenarbeit -  
*Impuls: Kerstin Weber Spethmann, Lübeck (Seniorenarbeit)*

**Forum 5:** Die Angst vor Rechtsextremisten spiegelt die Ratlosigkeit der Christen im Umgang mit offener Gewalt

*Impuls: Dr. Matthias Viertel, Lübeck (Theologe)*

**Forum 6:** Vom Umgang mit Rechtsextremismus in den Medien

*Impuls: Frau Dr. Mäsker, NDR (Journalistin) - angefragt*

**Forum 7:** Akademische Extremisten

- Extremismus als Problem der Modernisierungsverlierer -  
*Impuls: Norman Geißler, Potsdam (Psychologe)*

### 3.2. Lübeck: Als Kirchen im Bündnis „Wir können sie stoppen“ – ein Lernprozess zwischen allen Stühlen

„Wir können nicht schweigen und den Protest anderen überlassen, wenn Neonazis Gedenkfeiern vor unseren Kirchen abhalten wollen!“

So appellierte im Winter 2005/2006 ein Lübecker Pastor an seine Amtsgeschwister im evangelisch-lutherischen Kirchenkreis. Es sprach sich schnell herum, und so machten sich Menschen aus mehreren Kirchen und Konfessionen auf und setzten sich mit an den Tisch der verschiedenen Gruppen, die sich seit vielen Jahren mit rechtsextremer Ideologie, Gewalt und Faschismus auseinandersetzen und öffentlich gegen deren Inszenierung und Verbreitung aufstehen. Ob römisch-katholisch, evangelisch-lutherisch, evangelisch – reformiert, evangelisch-freikirchlich- jede

unserer Kirchen schreibt eigene Geschichten der Verfolgung, des Widerstandes, aber auch der Schuldverstrickung und Gleichschaltung während der Nazi-Diktatur. In ökumenischer Verbundenheit können wir anknüpfen an das Vermächtnis der vier ermordeten Lübecker Geistlichen Johannes Prassek, Eduard Müller, Hermann Lange und Karl-Friedrich Stellbrink.

An sie zu erinnern, hinzusehen und hinzuhören, wie sie widerstanden haben, führt uns dazu, gemeinsam mit anderen aufzustehen und unseren Protest gegen Geschichtsverdrehung und wiederauflebende rassistische und nationalistische Propaganda auf die Straße zu tragen. Doch was heißt heute „Widerstand“? Die Zusammenarbeit im Bündnis fordert immer wieder dazu heraus, auf der Suche nach dem Konsens die Bewahrung der eigenen Prinzipien und Überzeugungen auszubalancieren mit der Offenheit für die Überzeugungen der anderen.

Können wir das als Kirchen institutionell vermitteln, oder lässt sich das nur als persönliche Entscheidung Einzelner kommunizieren – eben weil es unmittelbare direkte Begegnung und Auseinandersetzung verlangt?

Wie weit kann das Mandat gehen, das ein Propst, eine Pröpstin, ein Leitungsorgan einem Pfarrer, einer Pastorin, einem Beauftragten zum Reden und Handeln gibt, und wo ist die Grenze zur ganz persönlichen Gewissensentscheidung zu ziehen?

„Wir können sie stoppen!“ – mit diesem Motto verfolgt das Bündnis ein weitreichendes Ziel, das zu erreichen nur mit vereinten Kräften in der Breite der Gesellschaft möglich ist. Doch wie konkret gewinnt diese Zielvorstellung Gestalt angesichts der jährlichen Nazi-Aufmärsche in Lübeck und anderswo? Welche Konflikte impliziert ein solches Motto in jedem Jahr neu? Wie können Kirchenleute und linke Aktivisten gemeinsam in einem Offenen Brief an die Polizei schreiben, dass die Verhältnismäßigkeit der Mittel im Umgang mit Demonstranten zu wahren sei? So ist es im Frühjahr 2008 geschehen, nur dass die Presse den Brief der Öffentlichkeit vorenthielt. Es gibt Trennlinien, die aus Überzeugung gezogen werden müssen. Aber davor liegen der offene Dialog und die gegenseitige Kritik, die um so eher auszuhalten ist, wenn es die Chance gibt, sich kennen zu lernen und Positionen und Handlungsoptionen darzulegen. In drei Jahren der Zusammenarbeit ist Vertrauen gewachsen. Wir üben miteinander Geduld und Konsensfindung.

Wir sind sensibler geworden für die Sprache, die uns geprägt hat, und wir bemühen uns, eine gemeinsame zu finden. Wir versuchen einzustehen für eine Kultur des Dialogs und der Überwindung der Gewalt. Wir nehmen wahr, wie stark die Vorbehalte gegen eine offene Auseinandersetzung mit Konzepten des zivilen Ungehorsams sind und welche Befürchtungen sich damit verknüpfen.

Wir suchen das Gespräch auch mit Verantwortlichen in dieser Stadt und mit der Polizei. Wir möchten dazu beitragen, dass Menschen ermutigt werden, sich in unterschiedlichster Weise unserem Nachdenken und öffentlichen Protest anzuschließen, und wir tragen Mitverantwortung dafür, sie dabei zu begleiten. Wir erleben mit, wie Polizisten und Gegendemonstranten sich in feindlichen Lagern gegenüber stehen und halten trotzdem daran fest, dass unsere Gemeinden offene Begegnungsräume sein müssen, wo diese Gräben zu überwinden sind. Wir möchten erkennbar und glaubwürdig sein – als Einzelne und als Kirchen, die für das Recht und Würde jedes Menschen eintreten. Darum setzen wir uns als Kirchenvertreter an die unterschiedlichsten Gesprächstische in dieser Stadt – und manchmal zwischen alle Stühle.“

Pastorin Imke Akkermann-Dorn

Pfarrer Joachim Kirchhoff

Pastorin Elisabeth Hartmann-Runge

Joachim Nolte

### **3.3. Beauftragung Kirche gegen Rechtsextremismus Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck - Lauenburg**

Die jährlichen Aufmärsche der Nazis in Lübeck, die Demonstrationen des Bündnisses ‚Wir können sie stoppen‘ für Demokratie und Toleranz, die unzähligen Gespräche, Diskussionen, das Annähern anfänglich recht unterschiedlicher Positionen und Vorstellungen von Aktionsformen im Bündnis, die Themensynode zum Rechtsextremismus, die innerkirchlichen Diskussionen – all das hat bei vielen Beteiligten einen Prozess weiteren gemeinsamen Nachdenkens in Gang gesetzt.

Welche Aufgabe und Rolle haben wir als Kirche angesichts fremdenfeindlicher, rassistischer und neonazistischer Ideologien und Aktionen in unserer Stadt, in unserer Gesellschaft?

Dieses Nachdenken muss in unserer Kirche über den direkten Kontext der jeweils Ende März stattfindenden Demonstrationen hinaus entwickelt werden.

Dem Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck ist bewusst, dass die Kirche eine besondere Aufgabe in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat. Diese Aufgabe gründet gerade in Lübeck auch in der Verantwortung vor der Geschichte unserer Kirche im Dritten Reich. Kirche ist verpflichtet sich aktiv in die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien einzubringen.

Dieser Verantwortung stellt sich der Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck und bringt sie als gemeinsame kirchliche Aufgabe durch die Einrichtung einer Beauftragung „Kirche gegen Rechtsextremismus“ zum Ausdruck.

Der Beauftragte soll das Aufkommen und die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes und Handelns als Problem im Blick behalten und in diesem Kontext die innerkirchliche, zivilgesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit diesem Problem, die Entwicklung kirchlichen Handelns und die zivilgesellschaftliche Vernetzung kirchlicher Aktivitäten fördern.

Er vertritt den Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck im Bündnis „Wir können sie stoppen“ ([www.wirkoennensiestoppen.de](http://www.wirkoennensiestoppen.de)).

Im Rahmen der Beauftragung hält er den Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen.

Der Beauftragte wird von einem ökumenischen Arbeitskreis unterstützt.

### **3.4 Pressemitteilung und Rede von Propst Thomas Drope, Kirchenkreis Hamburg-West / Südholstein**

„Ohne uns“ am 6. 6. 09 in Pinneberg - Jetzt erst recht!

Das Verwaltungsgericht in Schleswig hat das Kreis Pinneberger Verbot des für den 6.6.09 geplanten Neonationalsozialisten – Aufmarsches aufgehoben.

Darum ist es umso wichtiger, jetzt erst recht mit dem Pinneberger Bündnis „Ohne uns“ gegen Neonationalsozialismus zu demonstrieren.

Ein Flugblatt der Neonationalsozialisten, das am Pfingstwochenende in ganz Pinneberg verteilt worden ist, und den Aufmarsch ankündigt, belegt deutlich ihre Absichten: Diffamierung von Ausländern und Aussaat von Hass gegen Bedürftige. Wir wollen dazu nicht schweigen und ihre Volksverhetzung nicht dulden.

Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Volksverhetzung.

Als Kirche glauben wir an den Segen und die Verheißungen des einen Gottes von Juden, Christen und Muslimen. Wir sehen uns daher trotz vieler Unterschiede in Gemeinschaft mit der jüdischen Gemeinde in Pinneberg und mit der türkisch-muslimischen Gemeinde. Wir wollen, dass alle Religionsgemeinschaften hier in Frieden leben und ihren Glauben feiern können.

Als Kirche setzen wir uns ein für Migrantinnen und Migranten aus aller Welt. Wir wollen, dass Verfolgte in unserem Land Asyl bekommen. Wir wollen, dass Fremde hier ein Zuhause finden und in Frieden leben.

Als Kirche haben wir in unserer Geschichte zu lange geschwiegen, als im Dritten Reich Hass und Mord von Nationalsozialisten gegen Menschen jüdischen Glaubens, gegen Kommunisten, gegen Sozialdemokraten, gegen Gewerkschafter, gegen Homosexuelle, gegen Sinti und Roma, gegen kritische Bürger, gegen Schwache ausgeübt wurden.

Wir wollen darum nicht wieder schweigen, wenn der Ungeist von damals sich in unserer Gesellschaft erneut durch Lügen und Demagogie breit machen will.

Am 6. 6. 09 ziehen wir nach einer Andacht um 11 Uhr in der Christuskirche zum Demonstrationsstart an der Ecke Bahnhofstraße / Rockvillestraße.

Alle Bürgerinnen und Bürger Pinnebergs sind aufgerufen mit dem Bündnis „Ohne uns“ den Neonationalsozialisten bunt und vielfältig zu zeigen: Wir wollen Euch und Eure Hetze nicht!

Pinneberg, den 3. Juni 2009

Liebe Pinnebergerinnen und Pinneberger,  
Unterstützerinnen und Unterstützer des Bündnisses gegen nationalsozialistische Aktivitäten in unserer Stadt!

Ich danke Euch, Ihnen, dass Sie, Ihr heute morgen zu dieser Demonstration gekommen seid. Junge und Alte, Frauen und Männer, Eltern mit Kindern, Großeltern mit Enkeln, Schülerinnen und Schüler, Berufstätige und Rentner, Arbeitslose, Mitglieder von Gewerkschaften, aus Parteien, aus Vereinen, von der Antifa, aus der jüdischen Gemeinde, aus der türkisch-muslimischen Gemeinde

und aus den Kirchengemeinden Pinnebergs. In aller Unterschiedlichkeit der Person und des Denkens wollen wir heute doch **gemeinsam** auftreten. Wir wollen unser Gesicht zeigen und unseren Mund auf tun: gegen den Aufmarsch von Neonationalsozialisten in Pinneberg und anderswo – gegen eine faschistische Ideologie, die sich wieder schleichend in unserem Land auszubreiten droht, und deren Vertreter.

Schleichend kommt die braune Ideologie mit Argumenten, die die Schuld für gesellschaftliche Missstände immer bei anderen sehen: bei den Fremden, bei den Schwachen, bei den Politikern, beim System. Schleichend kommt die braune Ideologie mit der Behauptung, endlich die Wahrheit zu sagen und Lügen und Übel wegräumen zu wollen. Aus der Geschichte und Gegenwart wissen wir aber: Das ist falsch. Das Ziel der alten wie der neuen Nationalsozialisten sind Chaos und Terror. Angst und Schrecken wollen sie verbreiten. Sie wollen Hass schüren gegen alles, was anders ist als sie.

Dagegen ziehen wir heute hier in Pinneberg auf die Straße.

Wir sind hier ja eher zurückhaltende Bürger und gehen selten auf die Straße, um zu demonstrieren. Doch heute ist uns klar: Wir müssen das tun. Die Stimme erheben, weil Schweigen dulden bedeutet. Und wer Neonazis duldet, der wird sie in kurzer Zeit wieder hier haben: Weil sie wissen: hier droht kein Widerspruch. Das macht sie stark.

Wo wir aber widersprechen, da könne sie nicht landen und merken das auch.

Wir wollen nicht schweigen. **Gewaltfrei und friedlich** wollen wir heute unser deutliches und eindrucksvolles Zeichen setzen gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen Volksverhetzung.

Ich spreche für die Kirchengemeinden der Stadt Pinneberg.

Als Kirche glauben wir an den Segen und die Verheißungen des einen Gottes von Juden, Christen und Muslimen. Wir sehen uns daher trotz vieler Unterschiede in Gemeinschaft mit der jüdischen Gemeinde in Pinneberg und mit der türkisch-muslimischen Gemeinde. Wir wollen, dass wir alle als Kirchen und Religionsgemeinschaften hier in Frieden leben und unseren Glauben feiern können.

Rechtsradikale Ideologie macht uns dieses Recht streitig. Wir halten ihnen unser Ja zu unserem Glauben entgegen.

Als Kirche setzen wir uns ein für Migrantinnen und Migranten aus aller Welt. Wir wollen, dass Verfolgte in unserem Land Asyl bekommen. Wir wollen, dass Fremde hier ein Zuhause finden und in Frieden leben. Nationalsozialistische Ideologie wendet sich dagegen. Wir halten ihnen unser Ja zu einer menschenfreundlichen Gesellschaft entgegen. Als Kirche haben wir in unserer Geschichte zu lange geschwiegen, als im Dritten Reich Hass und Mord von Nationalsozialisten gegen Menschen jüdischen Glaubens, gegen Kommunisten, gegen Sozialdemokraten, gegen Gewerkschafter, gegen Homosexuelle, gegen Sinti und Roma, gegen kritische Bürger, gegen Schwache ausgeübt wurden. Das soll es nie wieder geben.

Wir wollen darum heute nicht schweigen, wenn der Ungeist von damals sich in unserer Gesellschaft erneut durch Lügen und Demagogie breit machen will.

„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“, heißt es in der Bibel. In diesem Sinne: Lasst uns besonnen und friedlich durch Pinneberg ziehen. Für ein buntes, weltoffenes und friedliches Pinneberg – ohne Neonationalsozialisten und ihre Hetze.

Danke!

### 3.5. Erklärung Pinneberg

Für ein solidarisches Miteinander! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Keine Toleranz für Neonazis in Pinneberg und anderswo - machen wir Pinneberg zur Nazi-freien Zone!

Zum 6. Juni 2009 haben Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten als breites Bündnis dazu aufgerufen, sich in Pinneberg einem geplanten Marsch von Nationalsozialisten mit vielseitigem, kreativem antifaschistischen Protest in den Weg zu stellen. Diesem Aufruf folgten 4.000 Menschen und zeigten Flagge.

Unser Bündnis wendet sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, es tritt ein für das friedliche Neben- und Miteinander der in unserer Stadt, in unserem Kreis und in unserem Land lebenden Menschen.

Unser Bündnis wendet sich gegen Organisationen, die ihre politischen Ziele mit Hass und Gewalt durchzusetzen versuchen.

Unser Bündnis wendet sich gegen Organisationen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus leugnen oder verharmlosen oder in der Tradition der NSDAP stehen.

Wir machen weiter und rufen auf: Machen wir gemeinsam Stadt und Kreis Pinneberg zur Nazi freien Zone!

Die alten und neuen Nazis propagieren die Ideologie von einer Gemeinschaft, in der die Abstammung bestimmt, ob man dazu gehört oder ausgegrenzt wird. Sie bauen ein Weltbild auf, das geprägt ist von Rassismus und Unterdrückung. Diese Argumentation setzt nahtlos an die Ideologie der Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1945 an. Unter diesen Parolen wurden Millionen Menschen ermordet.

Heute sind vor allem MigrantInnen ihre Opfer. Die Agitation der Nationalsozialisten gegen eine angebliche „Überfremdung“ richtet sich gegen unsere ArbeitskollegInnen, gegen unsere FreundInnen und NachbarInnen, gegen Menschen, die Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung suchen.

Nach wie vor werden jüdische BürgerInnen bedroht. So wurde beispielsweise 2008 ein Anschlag auf die Räume der jüdischen Gemeinde in Pinneberg verübt.

Die Neonationalsozialisten greifen in der aktuellen Wirtschaftskrise Zukunftsängste, Minderwertigkeitsgefühle, Angst vor Arbeitslosigkeit mit ähnlichen Kampfpaparen wie NSDAP und der SA auf. Sie blasen, getarnt mit „sozialrevolutionärem“ Outfit, mit antikapitalistischer Rhetorik zum Angriff auf Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte, zur Beseitigung der Demokratie.

Die alten und neuen Nationalsozialisten marschieren wieder – und greifen andersdenkende, andersgläubige, andersfarbige Menschen und Organisationen auch mit Gewalt an. Ideologie und Taten der alten und neuen Nazis sind verbrecherisch. Deshalb verbietet unser Grundgesetz nationalsozialistische Betätigung. Geschichte und Gegenwart lehren: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Wir werden die Verbreitung und Verharmlosung neonazistischer Gedankengüter nicht tolerieren, denn wo Neonazis ohne gesellschaftlichen Widerspruch auftreten, breitet sich rassistisches und nationalistisches Gedankengut aus.

Wir protestieren dagegen, dass Parteien und Organisationen, wie die NPD, militante Schlägertrupps der Holigan-SA und autonome Nationalisten, die den Nationalsozialismus mit Wort und Tat fortsetzen, durch Pinneberg oder anderswo marschieren und ihre braune, nationalsozialistische Ideologie öffentlich verbreiten können.

Wir fordern als einen wichtigen Schritt für Demokratie und gegen Rechtsextremismus das Verbot der NPD und ihre konsequente Auflösung mit all ihren Gliederungen, Neben- und Ersatzorganisationen. Ebenso konsequent müssen sogenannte „Autonome Nationalisten“, „Aktionsgruppen“ und andere Nazi-Organisationen verboten, aufgelöst und zerschlagen werden. Damit Nazis in Zukunft nicht mehr mit dem Segen von Gerichten und unter dem Schutz der Polizei marschieren.

Das ist aber nur ein Teil des Problems. Die politischen, sozialen und ideologischen Rahmenbedingungen, die immer wieder rassistisches Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft hervorbringen, ändert man nicht mit einem Verbot. In den Zeiten wachsender sozialer Gegensätze und rassistischer Angriffe brauchen wir in der Stadt und im Kreis Pinneberg – gerade vor den bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen – ein breites antifaschistisches Bündnis und die Entwicklung einer demokratischen und solidarischen Gegenkultur.

Gegen Neonazis zu sein, gehört in Deutschland bei vielen nur zum guten Ton, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rassismus und Antisemitismus findet allerdings selten statt.

Darum wirken wir auch künftig gemeinsam im Bündnis. Wir laden alle, die bisher noch nicht mitgewirkt haben, ein, mit uns gemeinsam gegen alte und neue Nazis aufzustehen. Jede und Jeder ist zum Mitmachen aufgefordert!

Je mehr Menschen rassistischen Äußerungen Paroli bieten und sich neonazistischen Aufmärschen in den Weg stellen, umso weniger Platz bleibt für rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft. Gerade wenn Neonazis versuchen öffentliche Räume zu besetzen, sind Zivilcourage und Gegenwehr notwendig.

Wir rufen auf, auch weiterhin Zivilcourage zu zeigen und sich den Neonazis mit vielseitigem und kreativem antifaschistischen Protest in den Weg zu stellen.

Für solidarisches Miteinander – gegen rassistische Ausgrenzung ! Für ein friedliches und solidarisches Pinneberg – ohne Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Minderheiten!

Pinneberg, im Juli 2009

### **3.6. Gastbeitrag Hamburger Abendblatt: Bischöfin Maria Jepsen : Dem Geist der Gewalt entgegnetreten**

*10. September 2009, Vor nicht einmal zehn Tagen haben wir hier in Hamburg in der Ruine der Nikolaikirche an den Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert. Das Naziregime und seine Mitläufer haben mit diesem Angriffskrieg großes Leid über die Welt und am Ende auch über das eigene Volk gebracht.*

"Nie wieder" - so lautete die Lehre, die Kirchen, Gewerkschaften und alle demokratischen Parteien 1945 aus Diktatur und Holocaust gezogen haben.

Doch 70 Jahre später erleben wir, wie Neonazis in unserem Land und auch hier in Hamburg immer offener ihre Hassparolen verbreiten. Geschützt von derselben demokratischen Ordnung, die sie bekämpfen, hetzen sie gegen Ausländer, gegen Juden und andere Minderheiten. Dabei ist ihnen jeder Anlass recht, ihre menschenverachtende Ideologie unter die Leute zu bringen - sei es der 1. Mai, sei es das Schanzenfest.

Natürlich geht es den neuen Nazis in diesen Tagen auch um Wahlkampf. Daneben aber wollen sie mit ihrer Präsenz auf der Straße Angst und Schrecken verbreiten. Nicht selten werden Menschen anderer Hautfarbe oder anderer Gesinnung von ihnen bedroht, zusammengeschlagen oder sogar getötet. Als Kirche rufen wir dazu auf, diesem Geist der Gewalt entgegenzutreten. Wir glauben, dass die Menschen vor Gott gleich sind, egal, welcher Hautfarbe oder Abstammung sie sein mögen.

Doch die rechtsextremen Parolen richten sich nicht nur gegen Minderheiten - sie stellen auch unsere Demokratie infrage. Dagegen müssen wir als Christinnen und Christen, als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger immer wieder neu unsere Stimme erheben. Zwar ist auch die Demokratie nicht vollkommen. Sie ist die einzige Staatsform, die sicherstellt, dass der Wille der Mehrheit und der Schutz der Minderheit zu ihrem Recht kommen. All das sind gute Gründe, sich für die Demokratie und gegen Hassparolen einzusetzen: Mit Demonstrationen wie der von den Gewerkschaften geplanten Kundgebung "Gesicht zeigen" in der City. Mit Stellungnahmen, wie Politiker sie jetzt abgeben. Und nicht zuletzt mit Gebeten, die uns geistlich stärken. Wichtig ist dabei, dass der Protest friedlich bleibt. Steine und Brandfackeln dürfen niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Denn wer Gewalt mit Gegengewalt vergilt, verwandelt sich unmerklich in den Gegner, den zu bekämpfen er vorgibt.

### **3.7. Programm und Intention Ökumenische Besuchsreise Mai 2010**

#### **3.7.1. Bezug zur aktuellen Situation in Deutschland**

In den Kirchen in Deutschland gibt es eine wachsende Besorgnis im Bezug auf latenten und offenen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie sind an der Tagesordnung und es gibt eine ständig steigende Anzahl von gewalttätigen Übergriffen auf Minderheiten und Menschen, die aus ökonomischen, politischen, genderspezifischen und umweltbedingten Gründen nach Deutschland fliehen. In dieser Situation stellt sich die Frage nach den Wurzeln dieser Menschenfeindlichkeit und nach notwendigen und angemessenen Reaktionen.

Im „Offenen Forum zur Dekade zur Überwindung von Gewalt“ am 3. - 4. Dezember 2007 in Erfurt wurde angeregt, eine ökumenische Exposure-Reise und eine Konsultation zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit einer Gruppe von internationalen und deutschen Expertinnen und Experten durchzuführen. Ein erster Schritt darauf zu war eine eintägige Veranstaltung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) in Bremen 2009. Sie war mit 1.000 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen sehr gut besucht. Im Zentrum stand die Bestandsaufnahme zum einen der Situation rechtsextremistischer Gruppierungen vor allem im nord- und mitteldeutschen Raum und zum anderen der Gruppierungen und Institutionen, die sich für die Überwindung von Rechtsextremismus engagieren. Wichtig ist uns für den zweiten Schritt der Blick

von internationalen Expertinnen und Experten auf die Situation in Deutschland insbesondere im Blick auf den 40sten Jahrestag des ökumenischen "Programme to Combat Racism" des Ökumenischen Rates der Kirchen (Doorn Conference 2009) und seines Projektes "Churches in Europe: initiatives to overcome racism, xenophobia and racial violence".

Die unter "Partner" aufgeführten Kirchen und Werke haben auch im Blick auf den Ökumenischen Kirchentag in München vom 12. – 16. Mai 2010 (OEKT) jetzt den Vorschlag aus Erfurt aufgenommen und wollen internationale und deutsche Expertinnen und Experten zu einer Besuchsreise und einer Konsultation zum Thema "Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" vom 30. April – 11. Mai 2010 einladen. Die Ergebnisse der Reise sollen während einer Veranstaltung auf dem Ökumenischer Kirchentag (OEKT) in München und in einer Dokumentation präsentiert werden.

### **3.6.2 Ziele**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Reise sollen

- das Thema Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland kennenlernen
- verschiedene deutsche Kirchen und Partnerorganisationen besuchen und kennenlernen, die an Projekten zum oben beschriebenen Thema arbeiten
- eine prozessorientierte Konsultation durchführen, die die theologischen Erkenntnisse mit den konkreten „best practice“ Beispielen aus dem Leben in christlichen Zusammenhängen zusammenführt
- ihre Erkenntnisse zusammentragen und diskutieren und eine Agenda zusammenstellen, die den Kirchen bei Ihren Anstrengungen hilft, Rassismus in jeder Form in den deutschen Kirchen und in der deutschen Gesellschaft zu überwinden.

### **3.6.3 Im Vorfeld der Ökumenischen Besuchsreise ist geplant:**

- ein Verständigung über Ziele, den Prozess sowie die Auswertung der Konsultation
- die Benennung und Kommunikation spezieller Anliegen der zu besuchenden Landeskirchen im Blick auf die Thematik,
- eine Kontaktaufnahme mit Expert/innen durch die Partnern/innen
- Informationen über die jeweiligen Hintergründe/Kontexte der Teilnehmer/innen
- Aufbau und Nutzung der gemeinsamen Homepage „Kirche gegen Rechtsextremismus“

### **3.6.4. Während der Ökumenischen Besuchsreise sind geplant:**

- eine 1 ½ -2 tägige Eingangskonferenz zum Kennenlernen, persönlichen Briefing der Teilnehmer/innen und begrüßenden deutschen Partner/innen und Feintuning von Zielen und Ablauf der Exposure-Reise, sowie weiteren Details
- die Exposure-Reise selbst mit Besuchen ausgewählter Beispielprojekte und ausreichend Zeit zur Reflexion der Eindrücke und Erkenntnisse.
- eine 1 ½ - 2 tägige Konsultation zur Sammlung von Ergebnissen und Handlungsempfehlungen.

### **3.6.5. Im Anschluss an die Ökumenische Besuchsreise sind geplant**

- a) beim Ökumenischen Kirchentag (OEKT) in München 2010 in Form eines 90-minütigen Podiums mit den internationalen und deutschen Expertinnen und Experten. Außerdem werden die Expertinnen und Experten als Botschafterinnen und Botschafter der internationalen ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen an

einer Veranstaltung zur Vorbereitung der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation (IÖFK) in Kingston/Jamaica 2011 teilnehmen.  
b) in eine Dokumentation der Exposure-Reise.

### **3.6.6. Stationen der Ökumenischen Besuchsreise vom 30. April – 11. Mai 2010**

#### **30. April – 3. Mai 2010 Hamburg**

Hamburg : Arbeitsstelle Gewalt überwinden der NEK:

- Fanladen St. Pauli – Hamburg
  - Gedenkinitiative im KK Harburg – Harburg
  - proviele - Partizipationsprojekt für jugendliche Migrantinnen – Hamburg
  - Bündnis: "Wir können sie stoppen" - Lübeck

#### **3. Mai – 5. Mai 2010 Güstrow/Rostock**

Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum für demokratische Kultur Nordvorpommern-Rügen-Stralsund:

- Prora-Zentrum e.V.
- Politische Memoriale e.V.
- Landesweite Opferberatung „Lobbi“
- Jüdische Gemeinde Rostock

#### **5. Mai – 7. Mai 2010 Hannover**

Arbeitsfeld Frieden, Haus kirchlicher Dienste, Ev.-luth. Landeskirche Hannovers:

- Landespräventionsrat Niedersachsen in Hannover (u.a. mit Impuls Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig)
- Besuch des Weser-Aller-Bündnisses in Verden (u.a. mit Impuls des Lidice-Hauses Bremen)

#### **7. Mai – 9. Mai 2010 Neudietendorf**

In Zusammenarbeit mit der Ev. Kirche in Mitteldeutschland (EKM)

- Escola Popular (Samba und Capoeira), Weimar/Neudietendorf
- Aktionsnetzwerk Jena mit OB Albrecht Schröder
- MOBIT e.V., Bündnis von EKM, Gewerkschaft und jüdischer Landesgemeinde und Weiteren, Bildungsarbeit

**10. Mai – 11. Mai 2010** Auswertungstagung in der Theologischen Akademie Neudietendorf/Erfurt

#### **12. Mai – 16. Mai 2010** Ökumenischer Kirchentag (OEKT) in München

- Gestaltung eines Podiums zur Präsentation der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen
- Teilnahme an der IÖFK-Veranstaltung „...und Friede auf Erden?“

**3.6.7. Teilnehmer/innen der Reise:** 5- 6 ökumenische Experten zu den Themen "Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (z.B. Südafrika, Uganda, Indien, Slowakei, ...)

### **3.7. Gemeinsame Kirchenleitung der evangelischen Kirchen im Norden: Rechtsextremismus und christlicher Glaube unvereinbar**

Lübeck (nr). Die Gemeinsame Kirchenleitung der evangelischen Kirchen im Norden hat dazu aufgerufen, klar Position gegen rechtsextreme Anschauungen zu beziehen. Sie erklärte in ihrer Sitzung in Lübeck am Montag (21. September): „Wir sehen uns als Kirchen in der Verantwortung, unmissverständlich auf die Gefahren hinzuweisen, die von rechtsextremen Überzeugungen für die Würde einzelner Menschen und das Zusammenleben in der Gesellschaft ausgehen. Gerade in einem Jahr, in dem wir dankbar an die Öffnung der Grenzen in Deutschland und Europa denken, wenden wir uns gegen jeden übersteigerten Nationalismus. In aller Deutlichkeit erklären wir als evangelische Landeskirchen im Norden Deutschlands die Unvereinbarkeit rechtsextremer Einstellungen mit dem christlichen Glauben.“

Mit Besorgnis nehme man wahr, dass Neonazis immer offener ihre Ideologie verbreiten. Soziale Abstiegsängste seien dabei ein Nährboden für extremistische Anschauungen, die eine prinzipielle Ungleichwertigkeit von Menschen behaupteten. Als mögliche Ursachen nennt die Kirchenleitung unter anderem die Abwanderung insbesondere aus ländlichen Räumen, die in überdurchschnittlich hohem Maße von Überalterung und Abwanderung betroffen seien. Dies führe bei vielen Menschen zu Perspektivlosigkeit und Resignation. Es werde zunehmend schwerer, den Menschen Mut zu machen, selbst Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen. „Wir appellieren daher an die politisch Verantwortlichen, diese gesellschaftlichen Probleme ernst zu nehmen. Als Kirchen werden wir nicht aufhören, Veränderungen anzumahnen“, so die Gemeinsame Kirchenleitung.

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs und die Pommersche Evangelische Kirche erinnern mit der gemeinsamen Erklärung an den Beginn des 2. Weltkriegs 1939 und an die friedliche Revolution von 1989 als Ereignisse von historischer Bedeutung. „Die drei evangelischen Kirchen im Norden Deutschlands haben in besonderer Weise die Auswirkungen dieser historischen Ereignisse durch die Zeitläufe hindurch erlebt. Der Weg zu einer gemeinsamen Nordkirche ist vor diesem historischen Hintergrund auch ein Weg des Miteinanders, der Überwindung von Trennungen und der Versöhnung mit der individuellen und kollektiven Geschichte des Landes, in dem wir leben“, heißt es weiter.

Die Gemeinsame Kirchenleitung ruft die Wählerinnen und Wähler dazu auf, am kommenden Wochenende ihre Stimme abzugeben und keine rechtsextremistischen Parteien zu wählen. (22.9.2009)